

# Sächsischer Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz



Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Verkaufsstelle: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327. Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleinieghübel, Kleinbennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelsdorf, Ostau, Porsdorf, Postelitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtswald, Schmalka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Hiele, Joh. Walter Hiele. Verantwortlich: Walter Hiele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Beizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: frei Haus monatlich 1,85 RM. (einschl. Trägergeld), für Selbstabholer monatlich 1,65 RM., durch die Post 2,00 RM. zuzügl. Postgebühren. — Einzelnummer 10, mit illustrierter 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“, „Die Frau und ihre Welt“, illustrierte Sonntagsbeilage.

Richterscheine einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streit, Ausperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreisstärkung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 230 Bad Schandau, Freitag, den 30. September 1932 76. Jahrgang

## Eine grauenhafte Bilanz

Vom 1. Januar bis 23. September 1932 wurden allein in Preußen 155 Menschen im politischen Kampf getötet — Jetzt tritt endlich Befriedung ein

Berlin, 30. September.

Wie eine amtliche Uebersicht über Todesfälle bei politischen Ausschreitungen in der Zeit vom Januar bis September 1932 ergibt, wurden im Freistaat Preußen vom 1. Januar 1932 bis 23. September 1932 insgesamt 155 Menschen im politischen Kampf getötet. Im Juni forderten die politischen Ausschreitungen 19, im Juli 86 Opfer. Die politischen Auseinandersetzungen forderten allein in der Zeit vom 1. bis 20. Juli, dem Tage der Einsetzung des Reichskommissars für Preußen, 63 Todesopfer. In der Zeit vom 21. bis 30. Juli fiel die Zahl der Todesopfer von 38 in den vorhergehenden 10 Tagen auf 23. Im August gelang es, eine merkbare Befriedung und damit einen Rückgang der Tötungen durch verstärktes polizeiliches Vorgehen und Erhöhung der richterlichen Strafen herbeizuführen.

Mit dem Tage der Verkündung der Todesstrafenverordnung am 9. August sank die Kurve der politischen Gewalttaten offensichtlich und näherte sich bis Ende August und im September vollends dem Nullpunkt. Der Monat September hat eine im politischen Leben der letzten Zeit noch nicht beobachtete Befriedung gebracht.

Im einzelnen stellt sich die Statistik folgendermaßen dar: Im Januar wurden acht Nationalsozialisten und zwei politisch nicht näher bezeichnete Personen getötet; im Februar drei Nationalsozialisten und drei Kommunisten, und zwei Personen, deren Parteizugehörigkeit nicht angegeben ist; im März 2 Nationalsozialisten und 9 Kommunisten im April 2 Nationalsozialisten und 3 Kommunisten und ein nicht näher gekennzeichnete; im Mai 2 Nationalsozialisten, vier Kommunisten und ein nicht näher gekennzeichnete; im Juni 14 Nationalsozialisten und 5 Kommunisten, davon 3 durch Polizei, im Juli 38 Nationalsozialisten, 30 Kommunisten, vier Anhänger des Reichsbanner, der SPD, oder der Eisernen Front und 14 nicht näher gekennzeichnete Personen; von diesen Todesopfern des Juli waren 32 Nationalsozialisten, 16 Kommunisten, vier Angehörige der Eisernen Front und elf andere Opfer von Zusammenstößen, die vor dem 20. Juli, dem Tage der Einsetzung des Reichskommissars, erfolgten. Von den Juli-Opfern wurden acht Kommunisten durch Polizeibeamte getötet. Unter der Zahl der politisch nicht näher gekennzeichneten in der Statistik befinden sich zwei getötete Polizeibeamte. Im August belief sich die Zahl der Opfer auf einen Nationalsozialisten, zwei Kommunisten, vier Angehörige der Eisernen Front und einen nicht näher gekennzeichneten.

### Illegaler Fortbestand des „Verbandes proletarischer Freidenker“.

Berlin. Bereits seit längerer Zeit stand es fest, daß der durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 3. Mai 1932 aufgelöste „Verband proletarischer Freidenker“ auf anderer Basis und in anderer Organisationsform, u. a. durch die „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“, fortgeführt wurde. Die am Donnerstag im Laufe des Tages von der politischen Polizei unternommene Durchsuchung der Büroräume der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“ in der Wilhelmstraße 113, sowie Potsdamer Straße 134, hat bestätigt, daß es sich bei der „Volkshilfe mit Bestattungsfürsorge“ um eine Fortsetzung des verbotenen „Verbandes proletarischer Freidenker“ handelt. Die Büroräume wurden geschlossen und versiegelt, die festgestellten Vermögensstücke sichergestellt, das vorgefundene Schriftmaterial wurde beschlagnahmt und zum Polizeipräsidium gebracht. Es unterliegt zur Zeit der Sichtung. Gegen die in Frage kommenden Personen wurden entsprechende Verfahren eingeleitet.

### Außenpolitische Linie unverändert

Berlin, 30. September.

Das Reichskabinett nahm einen Bericht des Reichsaußenministers von Neurath entgegen und billigte einstimmig die Haltung des deutschen Delegationsführers.

### Der Gerekke-Plan vor dem Reichskabinett.

Berlin. Das Kabinett hat sich nach dem Abschluß der außenpolitischen Beratungen noch mit Wirtschafts- und Verwaltungsfragen befaßt. Es wurde, wie der „Volksanzeiger“ erzählt, kurz über das seit Jahren schwebende Problem neuer Richtlinien für die mittlere Beamtenlaufbahn gesprochen, weiter über die vom Reichkanzler in seiner letzten Rundfunkrede

wegen Ersparnismaßnahmen gemachten Vorschläge, die das Kabinett durchzuführen wird. Außerdem sind die von Dr. Gerekke gemachten Vorschläge erörtert worden, bei denen es sich um Pläne zur Kreditbeschaffung und Arbeitsbeschaffung handelt, die die steuerliche Kraft der kleinen Gemeinden heranziehen wollen. Mit dem Gerekke-Plan soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Wohlfahrtsverbände von den Gemeinden Beschäftigung erhalten. Die Beratungen über diese Pläne sind noch nicht abgeschlossen.

### Baugewerbe stimmt zu

Berlin, 30. September.

Der Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes des Deutschen Bau- und Bauhandwerkerverbandes e. V. nahm zu dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung Stellung. Man war einig in seiner Würdigung als einer mühen-erfolgsreichen Förderung der sich anbahnenden Wirtschaftsbelebung und eines verheißungsvollen Schrittes zur Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit.

### Für den Wiederaufstieg des Landvolkes

Der Reichsernährungsminister über das Agrarprogramm. Berlin, 29. September.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, hielt in einer Tonfilm-Vorlesung folgende Ansprache über die neuen Agrarmaßnahmen der Reichsregierung:

„Die Milliardenverluste unserer Landwirtschaft in den letzten Jahren und der dadurch bedingte Ausfall von Aufträgen für die Industrie sind eine der Hauptursachen unserer Arbeitslosigkeit. Wer diese bekämpfen und überwinden will, muß deshalb auch alles daran setzen, um für unsere Bauern wieder tragbare wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung entschlossen, als Ergänzung zu den bisherigen Maßnahmen ein umfassendes landwirtschaftliches Programm durchzuführen. Die Einfuhr vieler landwirtschaftlicher Erzeugnisse wird in Zukunft mengenmäßig begrenzt. Dies gilt besonders für die Erzeugnisse des relativ viel Arbeitskräfte erfordernden Gartenbaus und die Vieh- und Forstwirtschaft. Durch entsprechende Zollmaßnahmen wird der Geflügel- und Fischwirtschaft geholfen. Die Reichsregierung strebt die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft aber nicht nur durch Ausgestaltung der unerträglichen Einflüsse des zerrütteten Weltmarktes an, sie hat gleichzeitig auch durch Senkung der Zinsen für Personal- und Real schulden und Erleichterung der Steuerlast über das System der Steuergutscheine eine Entlastung der Landwirtschaft um mehrere hundert Millionen RM. durchgeführt. Dabei sind die Interessen der Sparer weitgehend berücksichtigt worden.“

Das Zusammenwirken dieser Maßnahmen mit der von der Ankurbelung der Industrie erwarteten Kaufkraftstärkung der städtischen Bevölkerung wird unserem Landvolk den Weg zu einem neuen Aufstieg frei machen und es wieder befähigen, seine Aufgabe innerhalb der Volkswirtschaft zu erfüllen. Entschlossene Agrarpolitik ist aber nicht nur eine volkswirtschaftliche Aufgabe, sondern eine unentrinnbare nationale Pflicht. Ein Volk, das seine Bauern vergißt, hat das Recht auf Leben und Zukunft verwirkt. Wir aber wollen, daß Deutschland lebe.“

### Für eilige Leser.

\* Reichskanzler v. Papen wird am 16. Oktober in Paderborn vor Vertretern der westfälischen Industrie sprechen.

\* In den Schlichterbezirken Mitteldeutschlands und Sachsens haben sich die Neueinstellungen nunmehr auf insgesamt 4000 erhöht. Davon sind in der Metallindustrie 1620, in der Textilindustrie rund 1750 Neueinstellungen erfolgt. Von den in Frage kommenden Textilfirmen seien folgende genannt: Gebrüder Frieße, Aktiengesellschaft, Kirchschau in Sachsen 312, C. F. Thomas, Witten in Sachsen 117, Sigmund Goerik, Chemnitz in Sachsen 124, C. F. Hoffmann, Neugersdorf in Sachsen 141, S. Wolke, Guben in Sachsen 166.

\* Der Preussische Staatsrat hat mit 74 gegen 6 Stimmen der Kommunisten beschloffen, gegen den Landtagsbeschluss vom 23. d. M. auf Verweigerung der Neuwahlen der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände auf den 6. November d. J. Einspruch zu erheben.

\* Der ungarische Reichsverweiser hat am Donnerstagabend den Verteidigungsminister Gömbös mit der Kabinettsbildung beauftragt.

## Ergebnis der Woche

Genfer Bestickpiel.

Früher war die Tagung der Vollversammlung des Völkerbundes ein internationales politisches Ereignis. Heute ist das Interesse für diese Genfer Tagungen schon so weit verflüchtigt, daß man in der großen Öffentlichkeit kaum noch Notiz von der am letzten Montag eröffneten 13. Tagung der Vollversammlung nimmt. Der diesmalige Ratspräsident, der irische Minister de Valera, hat über das geschwundene Interesse für die Völkerbundstagungen einige treffende Bemerkungen gemacht, indem er u. a. erklärte: „Die bisher erzielten Fortschritte bleiben weit hinter dem zurück, was die Völker gewünscht und erwartet haben. Von Lobsprüchen und Zufriedenheitskundgebungen kann der Völkerbund nicht leben. Jetzt steht er vor einer harten Probe, bei der sich ergeben muß, ob er schwach ist, daß die Voraussetzungen seiner Auflösung sich bewahrheiten, oder ob er in der Lage ist, neue Hoffnungen zu geben.“ Diese Worte haben nicht überall Beifall gefunden. Vor allem dort nicht, wo man bisher den Völkerbund dazu benutzte, um ihn bestimmten Sonderinteressen dienlich zu machen. Als vor einigen Jahren ein ähnlicher Vorwurf gegen den Völkerbund erhoben wurde, hat man diesen dadurch zu entkräften versucht, daß man erklärte, die regelmäßigen Völkerbundstagungen geben erwünschte Gelegenheiten, daß die Staatsmänner sich persönlich treffen und schwierige Probleme von Angesicht zu Angesicht zu klären in der Lage sind. Wenn man heute bestrebt ist, den Völkerbund in den deutsch-französischen Streit über die militärische Gleichberechtigung einzuschalten, dann entspringt diese Absicht nicht dem Wunsch nach einer unparteiischen Schlichtung sondern nach einem Mehrheitspruch, um Deutschland ins Unrecht zu setzen. Was es übrigens mit der Möglichkeit des Zusammenstreffens der Staatsmänner in Wahrheit auf sich hat, konnte man in diesen Tagen in Genf beobachten. Herriot, der zu dem Zusammentritt des sogenannten Abrüstungsbüros demonstrativ nach Genf gefahren war, reiste in demselben Augenblick ebenso demonstrativ ab, als sich der deutsche Außenminister auf der Reise nach Genf befand. Es ist vielleicht ein zufälliges Zusammentreffen, daß Herr von Neurath an dem gleichen Tage sich von Genf wieder nach Berlin begab, als Herriot seine neue Ankunft in Genf und seine Wortmeldung in der Vollversammlung bekanntgab. Fast sieht es so aus, als wichen sich gerade die beiden Staatsmänner aus, für die eine vertrauensvolle Aussprache besonders notwendig erscheint. Nach der unverkündeten Rede, die Herriot aber am vergangenen Sonntag in Gramat gegen Deutschland gehalten hat, kann es nicht Aufgabe Deutschlands sein, Frankreich nachzulaufen.

### Die Scheinheiligkeit Herriots . . .

Herriot glaubte in seiner Sonntagsrede einen entscheidenden Schlag gegen Deutschlands Gleichberechtigungsforderung mit der Frage führen zu können: „Wie kann man Kinder die Kunst des Tötens lehren?“ Er hat diese Frage im Hinblick auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Erleichterung der Jugend erhoben, obwohl er die Richtlinien der Reichsregierung genau kennt und also weiß, daß es sich nicht nur um freiwillige Übungen handelt, sondern daß ausdrücklich jede Ausbildung mit Waffen in Deutschland auch künftig verboten bleiben soll. Herr Herriot ist aber auch darüber unterrichtet, in welcher Weise die französische Jugend ausgebildet wird, und zwar in durchaus militärischer Weise. Die militärische Jugendausbildung in Frankreich untersteht sogar direkt dem Kriegsministerium. In jedem Bekehrkreis ist ein Oberst, in jedem Departement ein Stabsoffizier, ferner sind Subalternoffiziere und Unteroffiziere als ständige Lehrer bestimmt. Der Ausbildungsplan befaßt sich mit der Jugend bereits vom 6. Lebensjahr an bis zum 16. Lebensjahr. Dann folgt die ausgesprochen militärische Grundausbildung, 2. die Ausbildung nach Waffengattungen und 3. die Ausbildung zum Unterführer umfaßt. Um die „Freiwilligkeit“ dieser Jugendausbildung zwingender zu machen, winken den Mitgliedern dieser militärischen Jugendorganisation besondere Vorteile: die Anstellung im öffentlichen Dienst setzt die Teilnahme an der militärischen Jugendvorbereitung voraus und sichert eine schnellere Beförderung in der Armee. Neben dieser Jugendvorbereitung widmen sich aber der militärischen Erleichterung der französischen Jugend noch 11 000 Sport- und Schießvereine. Jenen rund 2000 Offiziere und Unteroffiziere als Lehrpersonal zur Verfügung stehen. Herr Herriot dürfte auch nicht unbekannt sein, daß sowohl die Tschekoslowakei wie Polen, also die militärischen Verbündeten Frankreichs, ebenfalls eine militärische Jugendausbildung nach französischem Vorbild durchführen, wobei feldmarchmäßig und mit Gewehren regelrechte Angriffsbildungen durchgeführt werden. Der Reichskanzler hat in seiner Antwort diese Dinge mit aller Deutlichkeit klar gestellt und Frankreich nachgewiesen, daß seine angebliche Abrüstung in Wirklichkeit nur eine Illusion im Sinne einer weitgehenden Technisierung